
Der demographische Wandel als gesellschaftliche Aufgabe

Wilhelm Staudacher, Norbert Arnold

Der demographische Wandel ist kein neues Phänomen unserer Zeit. Schon seit Beginn des 20. Jahrhunderts sind die Trends, nämlich Rückgang der Geburtenrate und verlängerte Lebenserwartung, erkennbar – wenn auch vielfach überdeckt durch Wirtschaftskrisen und Kriege. Der geburtenstärkste Jahrgang in Deutschland war 1964. Seit dieser Zeit ist die Geburtenrate rückläufig. Seit Anfang der 1970er Jahre sterben in Deutschland mehr Menschen als geboren werden. Seit rund 30 Jahren ist also das Problem bekannt.¹

Der demographische Wandel ist kein regionales Problem. Die alternde Gesellschaft wird nicht nur zu einer Herausforderung für Deutschland. Vielmehr sind in den meisten europäischen Ländern die Geburtenziffern zu niedrig, um die Bevölkerungszahl zu stabilisieren. Auch viele Schwellen- und Entwicklungsländer, die heute noch an der Last der Überbevölkerung tragen, werden sich in den nächsten Jahrzehnten mit diesem Problem befassen müssen: Bereits heute werden in 59 Staaten der Erde nicht genügend Kinder geboren.²

Es ist höchste Zeit zum politischen Handeln. Gravierende Veränderungen, die fast alle Bereiche unseres gesellschaftlichen Lebens betreffen, werden die Folge sein, und wenn politische Weichenstellungen ausbleiben, ist mit einer spürbaren Verschlechterung unserer Lebensbedingungen zu rechnen, die die soziale Sicherung, die wirtschaftli-

che Prosperität, den Wohlstand und den gesellschaftlichen Zusammenhalt gleichermaßen betrifft.

Politische Konzepte, mit denen man den Risiken des demographischen Wandels wirkungsvoll begegnen könnte, sind noch nicht deutlich erkennbar, auch nicht im internationalen Vergleich. Gleichwohl sind einige Details der im Ausland versuchten Lösungen interessant und könnten als Vorbild für Deutschland dienen. Eine Politik, die wirksam den Herausforderungen des demographischen Wandels begegnen will, muss ein umfassendes Handlungskonzept entwerfen. Sie kann sich nicht nur auf einige wenige Politikfelder beschränken, vielmehr scheint es notwendig, in verschiedenen Bereichen parallel zu handeln. Isolierte Ansätze gehen fehl, nur in der Summe richtiger Maßnahmen kann eine Chance zur Korrektur liegen.

Folgt man den Prognosen, so kommen durch den demographischen Wandel Probleme auf uns zu, die zu den größten politischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gehören:

- Die Bedürfnisse älterer Menschen müssen eine höhere Priorität erhalten.

Der demographischen Prognose entsprechend müssen politische Weichenstellungen folgen, die zur Lösung der Herausforderungen einer alternden Gesellschaft beitragen.

Dies gilt für die unterschiedlichsten Bereiche, so z. B. für die Gesundheitsversorgung. In einer alternden Gesellschaft werden chronische und nicht mehr akute Erkrankungen zum Regelfall mit weitreichenden Folgen für Arzt und Patient. Die Begriffe von Gesundheit und Krankheit werden unschärfer, ein Leben mit gesundheitlichen Gebrechen wird zur Normalität. Alle Akteure im Gesundheitswesen werden sich darauf einstellen müssen, um den Belangen älterer Patienten gerecht zu werden.

Ein Paradigmenwechsel in der Medizin ist langfristig die Folge. Die kurative Medizin wird durch eine stärkere Prä-

vention und Rehabilitation ergänzt werden müssen. Die Möglichkeiten der prädiktiven Medizin zur Früherkennung müssen ausgebaut werden. Auch die regenerative und palliative Medizin erhalten einen höheren Stellenwert.

Die Gesundheitsforschung braucht eine Neuorientierung. Krebs, Demenzen, Erkrankungen des Skelett-Muskel-Systems usw. müssen als Alterskrankheiten wahrgenommen und untersucht werden. Die therapieorientierte Forschung muss Multimorbidität als Regelfall berücksichtigen und neben- und wechselwirkungsarme Therapieformen für das Alter entwickeln.

– Bereits heute stoßen die Sozialsysteme an ihre Grenzen. Das Gesundheitssystem bedarf dringend einer Strukturreform: Die alternde Gesellschaft und der wissenschaftliche Fortschritt als wichtige Kostentreiber bringen die Kassen an den Rand der Finanzierbarkeit.³

Die Alterssicherung ist reformbedürftig: Gesetzliche Renten werden nicht mehr reichen; betriebliche und private Altersvorsorge müssen als zweite und dritte Säule hinzukommen.

Der Bedarf an Betreuung und Pflege älterer Menschen wird rapide zunehmen. Dabei ist die Finanzierung unsicher; eine Reform der Pflegeversicherung ist notwendig. Darüber hinaus muss die Qualität verbessert werden. Da diese Aufgaben voraussichtlich nicht mehr nur in den Familien geleistet werden können, müssen sie professionell organisiert werden. Die physischen, psychischen und sozialen Interessen der älteren Menschen müssen dabei ausreichend berücksichtigt werden. Einer Diskriminierung muss vorgebeugt, einer gesellschaftlichen Re-Integration alter Menschen der Weg geebnet werden.

– Die Entwicklung der öffentlichen Haushalte wird zu einem Problem.

Durch den demographischen Wandel wird die öffentliche Hand stark belastet werden. Einerseits nehmen die Ausgaben für Gesundheit, Pflege und Renten zu, andererseits werden durch den geringeren Anteil der Erwerbstätigen und das geringere Wirtschaftswachstum die Einnahmen verringert. Die Defizite der öffentlichen Hand werden weiter anwachsen, ohne dass Möglichkeiten für eine Sanierung erkennbar werden. In einer Ifo-Studie werden für die nächsten Jahrzehnte eine Staatsverschuldung von bis zu 200 Prozent des Bruttoinlandsprodukts und eine jährliche Neuverschuldung von weit über 7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts prognostiziert.⁴ Die Prognosen des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung fallen noch dramatischer aus.⁵

- Auch in der Wirtschaftspolitik muss eine Antwort auf die Herausforderungen der alternden Gesellschaft gefunden werden.

Hohe strukturelle Arbeitslosigkeit kennzeichnet die aktuelle Situation – künftig muss mit einem Mangel an qualifizierten Arbeitskräften gerechnet werden. Außerdem ist unklar, wie bei einer Bevölkerung ohne Wachstum ein *wirtschaftliches* Wachstum erreicht werden kann.

Das Verhältnis zwischen der berufstätigen und der nicht-berufstätigen Bevölkerung wird sich weiter verschlechtern. Immer weniger Menschen müssen Lebensstandard und Wohlstand für alle sichern.

Auch die Konsumstruktur wird sich verändern („Inkontinenz-Windeln statt Pampers“). Das derzeitige Vermögen der Senioren wird auf zwei Billionen Euro geschätzt. Ihre jährliche Kaufkraft liegt zwischen 90 und 150 Mrd. Euro. Banken, Versicherungen, Wellness und Tourismus werden profitieren.⁶

Die Innovationsfähigkeit und damit die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland im globalen Wett-

bewerb werden eventuell geschwächt. Prognosen, die besagen, dass mit dem geringen Anteil Jugendlicher auch die Kreativität und Innovationsfähigkeit einer Gesellschaft abnehmen, scheinen nicht ganz unbegründet. Andererseits darf die Leistungsfähigkeit älterer Menschen nicht gering geschätzt werden.

Wir brauchen mehr Innovationskraft, die forschungsintensive produzierende Unternehmen mit neuen High-Tech-Produkten am Standort Deutschland hält – eine Dienstleistungsgesellschaft ohne neue Produkte schafft keinen Mehrwert, der Lebensstandard und Wohlstand einer alternden Gesellschaft alleine sichern könnte. Kompetenzzentren und -netzwerke, Technologie-Cluster, ein funktionierender Technologietransfer und vor allem Deregulierung und Entbürokratisierung müssen stärker als bisher vorangetrieben werden. Wenn innovative und kreative Leistungsträger zur knappen Ressource werden, muss die schwindende Quantität durch eine höhere Qualität kompensiert werden. Daher gilt: Innovationspolitik ist die beste Politik, die man sich für eine alternde Gesellschaft vorstellen kann.

Altersgerechte Arbeitsplätze müssen geschaffen werden, so dass das Know-how älterer Arbeitnehmer optimal genutzt werden kann.

– Die Bildungspolitik ist gefordert, auf die neue Situation zu reagieren.

Innovationsoffensiven und Bildungskonzepte, wie etwa das des lebenslangen Lernens, könnten eine adäquate Antwort auf einen eventuellen schleichenden Kreativitätsverlust in der alternden Gesellschaft sein, stoßen jedoch bereits heute vielfach auf Technikaversionen und Bildungsfaulheit.

Schulen und Hochschulen müssen mit einem Mangel an Schülern und Studenten rechnen. Bereits heute werden in ländlichen Regionen Schulen geschlossen. Eine flächen-

deckende Versorgung muss reorganisiert werden, dies erfordert neue Modelle für Schulen und Hochschulen.

Die Reform der Schulen muss vorangetrieben werden. Wie PISA und andere einschlägige Studien zeigen, gibt es bildungsferne Bevölkerungsschichten, die es gezielt zu fördern gilt. Durch geeignete bildungspolitische Maßnahmen könnte es gelingen, dieser Gruppe eine bessere Bildung und Erziehung zu vermitteln. Dies hätte sowohl bessere Zukunftsperspektiven für die Betroffenen als auch eine Stärkung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit unseres Landes zur Folge. Wir brauchen eine bessere Bildung, damit es genügend Leistungsträger in der alternden Gesellschaft gibt. Wir brauchen mehr Flexibilität in Bildung und Ausbildung, die der individuellen Begabung gerecht wird und sie fördert. Wir brauchen einen Konsens über Bildungs-*Inhalte*.

Das „Recht auf Bildung“ muss durch eine „*Pflicht* zur Bildung“ ergänzt werden: Bildung ist Bürgerpflicht – dies gilt besonders in der alternden Gesellschaft, die nur als *Wissens*-Gesellschaft zukunftsfähig ist.

- Der demographische Wandel wird gravierende Folgen für die Kommunalpolitik und für die regionale Strukturpolitik haben.

Schrumpfende Einwohnerzahlen werden viele Kommunen an den Rand ihrer Existenzfähigkeit bringen. Die Infrastruktur wird geschwächt. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit ganzer Regionen scheint gefährdet.⁷ Insbesondere in den neuen Ländern wird sich die Situation zuspitzen: Dort kommt zum demographischen Wandel die hohe Abwanderungsrate junger Menschen erschwerend hinzu.

In knapp einem Drittel aller Kreise in Deutschland sinkt die Einwohnerzahl. Viele davon liegen im Osten, aber auch in einigen Industrieregionen im Westen, insbesondere im Ruhrgebiet, im Saarland und in den südöstlichen Landesteilen Niedersachsens. Bis 2020 werden sich die Schrump-

fungsregionen fast verdoppeln. Städteplanerisch wird schon heute von „intelligentem Schrumpfen“, „smartem Rückbau“ und „Entdichtung“ gesprochen. Das Ziel sind „lean cities“. Regionaler Bevölkerungszuwachs, wie z. B. in den Großräumen Berlin, Hamburg, Bremen und München, sind auf innerdeutsche Wanderungsbewegungen zurückzuführen. Sie sind gekennzeichnet durch eine Flucht aus entlegenen ländlichen Gebieten hin zu Ballungsräumen. Bundesweit werden viele Regionen mit einer Abnahme junger und einer Zunahme älterer Bevölkerungsgruppen rechnen müssen. Diese Überalterung wird sich besonders in wirtschaftsschwachen Regionen bemerkbar machen.

- Dringend verbesserungsbedürftig und von zentraler Bedeutung ist die Familienpolitik.

Die Familienstrukturen ändern sich grundlegend:⁸ Informelle Partnerschaften, Trennungen und Scheidungen nehmen zu. Neben einer Pluralisierung von Familienstilen ist eine Verschiebung der Haushaltsstrukturen zu erkennen. Einpersonenhaushalte machen in der Europäischen Union schon heute 10 bis 15 Prozent aller Haushalte aus. Die Zahl der Familienhaushalte, in denen Kinder leben, ist seit Jahrzehnten rückläufig. Heute leben nur noch in 55 Prozent aller Haushalte Kinder. Demgegenüber leben mehr Paare ohne Kinder als mit Kindern. Immer weniger Paare entscheiden sich für Kinder. 40 Prozent der Akademikerinnen bleiben in Deutschland kinderlos.

Immer weniger Kinder haben Geschwister. Auch die Anzahl der Cousinen, Onkel und Tanten nimmt ab. Verwandtschaften werden kleiner. Immer weniger Menschen unserer Gesellschaft sind familiär miteinander verbunden.

Zwei Maßnahmen liegen auf der Hand: Erstens muss die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert werden. Zweitens brauchen Familien eine wirkungsvolle finanzielle Entlastung. Dafür finden sich im Ausland funktionierende

Vorbilder – ein simples Kopieren führt im Hinblick auf die kulturellen Unterschiede jedoch kaum zum Ziel.

- Auswirkungen sind auch auf die Einwanderungspolitik zu erwarten.

Der Bedarf an Arbeitskräften in der alternden Gesellschaft wird – zumindest teilweise – durch eine verstärkte Einwanderung gedeckt werden müssen. Der Sog der Industrieländer wird durch den Migrations-Druck in Entwicklungsländern verstärkt. Illusionär bleibt allerdings die Vorstellung, man könne den fehlenden Nachwuchs in Deutschland durch eine verstärkte Zuwanderung vollständig kompensieren. Die Integrationsfähigkeit der Gesellschaft würde rasch an ihre Grenzen stoßen. Ein ethnischer Melting-Pot, wie z. B. in den USA, scheint für Deutschland kein realisierbares Modell zu sein – zumal auch in den USA Grenzen der Integrationsfähigkeit erkennbar werden.

- Auch die Außen- und Sicherheitspolitik könnte vom demographischen Wandel betroffen werden.

Dynamisch wachsende Bevölkerungen in vielen Weltregionen und alternde, abnehmende Bevölkerungen in westlichen Staaten werden nicht ohne Auswirkungen bleiben. Die jungen Gesellschaften werden ihren Anteil am weltweiten Wohlstand fordern. Neue Migrationsströme könnten die Folge sein. Der demographische Wandel weltweit mit seinen unterschiedlichen Geschwindigkeiten führt zu gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Spannungen von geopolitischer Bedeutung. Krisenherde und Kriege werden davon beeinflusst.⁹

Schirmmacher sieht durch die „Macht der Teenager“ in manchen Regionen die Gefahr des Extremismus und des Terrorismus steigen: „Man sollte bei aller Hoffnung auf den Dialog der Kulturen nicht übersehen, dass der radikale

Islam in solchen Ländern an Boden gewonnen hat, deren typischer Einwohner ein Teenager ist [...].“¹⁰

– Das gesellschaftliche Klima wird sich ändern.

Wertvorstellungen und Interessen älterer Menschen werden an Bedeutung gewinnen. Die Politik wird sich daran orientieren: „Aufgrund der demographischen Entwicklung wird aus wahlstrategischer Sicht die Generation „60 +“ immer bedeutender. Ein knappes Drittel der Wahlberechtigten ist heute bereits über 60 Jahre alt – mit steigender Tendenz. Die Wahlbeteiligung ist zudem größer als bei den jüngeren Wählern. Aufgrund der absoluten Gruppenstärke lässt sich eine einfache Gleichung aufmachen: Wer in dieser Gruppe 10 Prozent der Stimmen verliert, kann dies durch Gewinne in den jüngeren Altersgruppen schwer kompensieren.“¹¹

Wenn ältere Menschen zur wichtigsten Wählergruppe werden, neigen politische Parteien dazu, vor allem die Interessen der Älteren zu vertreten. Dies könnte zu einer Überbewertung von „*Sicherheits*“-Themen und einer stärkeren Ablehnung von „*Risiko*“-Themen führen mit der Folge, dass beharrende und nicht innovative Elemente gestärkt werden, die jedoch zur Zukunftssicherung einer alternden Gesellschaft dringend notwendig sind. Politik darf dieser Gefahr nicht erliegen. Sie ist gefordert, einen gerechten Interessenausgleich zwischen den Generationen zu schaffen.

Ältere Menschen müssen davon überzeugt werden, dass ihr eigenes Wohlergehen auf Dauer nur gesichert werden kann, wenn die Belange der *jüngeren* Bevölkerungsgruppen ausreichend berücksichtigt werden. In der Diskussion über den demographischen Wandel und seine Folgen ist grundsätzlich eine Erweiterung der Perspektive zu einer gesellschaftlichen Gesamtsicht notwendig: Wer die Risiken der alternden Gesellschaft mindern will, darf die Jungen nicht aus den Augen verlieren.

Anmerkungen

- ¹ Deutsche Kinderlosigkeit. In: FAZ vom 6.4.2004.
- ² *Phillip Longman*: Die Wiege ist leer. In: Rheinischer Merkur vom 1.7.2004.
- ³ Zu den Herausforderungen für Medizin und Gesundheitswesen vgl. Schumpelick, Volker / Vogel, Bernhard (Hrsg.): Grenzen der Gesundheit. Freiburg 2004.
- ⁴ *Riedel, Donata*: Demographie sprengt die Staatshaushalte. In: Handelsblatt vom 22.9.2004.
- ⁵ *Starbatty, Joachim*: Die Bevölkerungsurne. In: FAZ vom 7.6.2004.
- ⁶ *Bilen, Stefanie*: Die Wirtschaft entdeckt die Alten. In: Handelsblatt vom 29.6.2004.
- ⁷ *Krohnert, Steffen / von Olst, Nienke / Klingholz, Reiner*: Deutschland 2020. Die demographische Zukunft der Nation. www.berlin-institut.org/kompl.pdf.
- ⁸ Statistisches Bundesamt, Mikrozensus, www.destatis.de/themen/d7thm_mikrozen.htm.
- ⁹ *Gritton, Eugene C. / Anton, Philip S*: Headlines over the horizon. In: The Atlantic Monthly, Juli/August 2003; *Hewitt, Paul S.*: Die Geopolitik des globalen Alterungsprozesses. In: FAZ vom 23.3.2004.
- ¹⁰ *Schirrmacher, Frank*: Das Methusalem-Komplott. München 2004.
- ¹¹ *Neu, Viola*: Alter gegen Geschlecht: Was bestimmt die Wahlentscheidung? (Hrsg.: Konrad-Adenauer-Stiftung. Arbeitspapier 123/2004). Sankt Augustin 2004. Vgl. auch: *von Wilamowitz-Moellendorff, Ulrich*: Ältere Menschen 1996. Alltagserfahrungen, politische Einstellungen und Wahlverhalten, (Hrsg.: Konrad-Adenauer-Stiftung. Interne Studie 132/1996). Sankt Augustin 1996.